

Hamburg-Finkenwerder 14. April 2022

Die Studie von Herrn Dr. Hammer legt sachlich und fundiert - aber auch genauso schonungslos - offen, wie Frauen bzw. Mütter dafür, dass sie sich für den Schutz ihrer Kinder einsetzen, sanktioniert werden - und mit ihnen zusammen deren Kinder.

Sie spiegelt minutiös wider, was ich seit einigen Jahren in meinem Berufsalltag erlebe:

Deutsche Richter und Richterinnen nehmen es sich - unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit - immer offener heraus, sich von rechtsstaatlichen Verfahrensprinzipien zu verabschieden und eine ideologisch ausgerichtete Rechtsprechung als „Standard“ zu etablieren.

Mütter sind in Kindschaftsprozessen schwersten Diffamierungen ausgesetzt, welche dann als Begründung für deren Entrechtung benutzt werden. Die normale und natürliche Mutterliebe wird kriminalisiert.

Hinter dem Schutzschild „Ausschluss der Öffentlichkeit“ hat sich ein Machtkartell - bestehend aus Jugendamt, Familiengericht, Sachverständigen und Verfahrensbeiständen - gebildet, das die gewaltsame Entwurzelung eines Kindes für ideologische Ziele billigt und das verursachte Seelenleid ausblendet.

Das Bemühen um Rechtswahrung im Prozess wird den Müttern ebenfalls als falsch und kindeswohlgefährdend angelastet.

Gleichzeitig mehren sich die Übergriffe auf unseren Berufsstand, indem teilweise sehr offen vermittelt wird, dass wir die Position der Kindesmutter durch sachorientierte Wahrnehmung deren Interessen schwächen würden. Ausdrücklich wurde mir von Richter\*innen erklärt, dass der erfolgte Anwaltswechsel als Indiz für „Bindungsunfähigkeit“ der Mutter gesehen werde.

Die Situation der „zu sehr liebenden Mutter“ gleicht einem Kampf gegen Windmühlen, in dem diese seelisch und auch finanziell aufgerieben werden. Die anwaltliche Rechtsvertretung ist mit einem entsprechend hohen Aufwand verbunden, der mit den gesetzlichen Gebühren nicht mehr abgedeckt werden kann.

Die hervorragende Studie von Herrn Dr. Hammer ist eine große Chance für eine dringend notwendige breit angelegte sachorientierte Auseinandersetzung.

Hoffentlich wird diese Chance von der Politik gesehen und wahrgenommen!

Christiane Knack-Wichmann  
Fachanwältin für Arbeits- und Familienrecht

